

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

HERAUSGEGEBEN VOM ANTI-STRAUSS-KOMITEE

September 1981 Nr. 45

2,50

Neutronen-Bombe an die Bundeswehr

Strauß will neue Waffe - aber nur

Washington
Die Neutronen-Bombe
Kontroll

Strauß will neue Waffe — aber nur unter US-Kontrolle

Bonn/Washington
(AZ) — Die New
bombe soll
von CSU
chef Stra
esweh
ehen.
wiew e
stern,
N-Wa
nn,
tanisch
eten St
dings

Mit seinem Vorstoß setzte sich der bayerische Ministerpräsident in krassen Widerspruch zur Bundesregierung, die gestern erneut betonte, eine Stationierung der Neutronenbombe auf deutschem Boden ohne Absprache mit der Bundesregierung "bar". Regierender Ministerpräsident Lothar Rüchel erklärte, es ist ein klarer Konfliktfall und kann formaljuristisch entschieden werden. Die Haltung der CSU-Chefs als "Bündnispartner" der Bundesregierung ist "schwerwiegend".



EDITORIAL:

Auf der Titelseite dieses DID haben wir eine Fotomontage von Strauß vor einer zerstörten Stadt verwandt, die im letzten Jahr Gegenstand mehrerer Prozesse war und heute noch ist. Strauß fühlte sich wieder einmal beleidigt. In zwei Fällen mußte die im Dienste von Strauß anklagende Staatsanwaltschaft sich bescheiden lassen, daß keine Beleidigung vorliegt. Wir sind der Meinung, daß die neudazumontierte Pressemeldung auf dem Titelblatt die Richtigkeit und Aktualität der Aussage dieser Fotomontage bestätigt.

Schwerpunkt dieser DID-Nummer ist daher auch, Dokumente und Einschätzungen für den Kampf um den Frieden zu liefern. Wir wollen hiermit einen Beitrag dazu leisten, die Friedenskräfte zu stärken, damit sich ihre Aktivitäten möglichst gezielt gegen die Kriegstreiber im eigenen Land richten.

Untrennbar damit verbunden ist der Kampf gegen die faschistischen Kräfte in der BRD. Der Jahrestag des faschistischen Attentats vom Oktoberfest in München wird ein Gradmesser dafür sein, wie klar die Demokraten und Antifaschisten die Aufgabe erkannt haben, entschlossen und einig um die Demokratie zu ringen und die Angriffe von Strauß und seiner Sammlungsbewegung abzuwehren.

Diesem DID liegt bei ein verkleinerter Abdruck einer Ausstellung, die wir allen demokratischen Gruppen zur Verfügung stellen, um mit diesem Arbeitsmittel in der Öffentlichkeit aufzuklären. Durch den erweiterten Umfang mußten wir den Preis dieser Nummer auf 2,50 DM erhöhen.

Die Redaktion

IN DIESER NUMMER:

Seite 3 : Mechtersheimer-das CSU-U-Boot in der Friedensbewegung. Enthüllungen über einen falschen Friedensfreund, der die Friedensbewegung vor seinen nationalistischen Karren spannen möchte.

Seite 6 : Wer preßt wen zur Nachrüstung. Eine umfassende Analyse der Strategie der Kriegstreiber in Westdeutschland und ihres Verhältnisses zum US-Imperialismus.

Seite 20: Dem Naziterror Einhalt gebieten

Seite 22: Der Justizputsch setzt sich fort-die Massenverhaftung von Nürnberg und die Folgen für die Demokratie

Beilage : Ausstellung über die Hintergründe des faschistischen Attentats vom Oktoberfest, den Justizputsch von Nürnberg und die Kriegstreiber in unserem Land.



MECHTERSHEIMER-DAS CSU-U-BOOT IN DER FRIEDENSBEWEGUNG

Die Friedensbewegung gibt vielen Menschen in diesem Land in Anbetracht der gespannten Weltlage ein Gefühl der Beruhigung, daß sie immer breitere Massen erreicht, ist durchaus wünschenswert. Daher wohl auch die Entgegnung ehrlicher Kräfte aus der Friedensbewegung, angesprochen auf Alfred Mechttersheimer: "Was soll denn schlecht sein daran, wenn der Protest gegen den Nachrüstungsbeschluß bis in die CSU hineinreicht. Es ist doch gut, wenn die Bewegung breiter wird?"

Nun, es ist wohl nicht die CSU - Mitgliedschaft, auch nicht der Offiziersstatus des Herrn Mechttersheimer oder seine frühere Tätigkeit als Lehrer an der Bundeswehrhochschule, die ihn für einen kritischen Demokraten suspekt erscheinen läßt. General Bastian ist auch Offizier und doch ist es falsch, beide auf dieselbe Stufe stellen zu wollen, wie es häufig gemacht wird. General Bastian bezieht in einzelnen Fragen klare antifaschistische Positionen, er weist auf die Kriegsverbrechen des Faschismus und der Hitler-Wehrmacht hin und tritt deshalb für eine

Freundschaft mit dem sowjetischen Volk ein. Er wendet sich gegen das anti-kommunistische und anti-sowjetische Feindbild und die faschistische Traditionspflege in der Bundeswehr und das Treiben der Neonazis in diesem Land. Solche Positionen würde Mechttersheimer nie beziehen, denn: "Ein Hinweis auf Polen und Afghanistan schützt vor falschen Freunden" (Alfred Mechttersheimer: Anmerkungen zu einer Strategie zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland.) So mußte Mechttersheimer auch den Konflikt mit seiner Partei nicht fürchten. Im Ausschlußverfahren gegen ihn wurde der Friede zwischen ihm und der CSU widerhergestellt. Der wehrpolitische Arbeitskreis der CSU warf ihm vor, er vertrete Standpunkte, die in Widerspruch zu verteidigungspolitischen Grundpositionen der Partei stehen. Doch Mechttersheimer erklärte, "für Bestand und Ausbau der NATO im Sinne echter Partnerschaft sowie für das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Machtblöcken einzutreten und den Pazifismus für eine untaug-

liche Antwort auf die Bedrohung durch den Osten zu sehen. Ein Pluspunkt für den Friedensforscher ist die von der CSU gebilligte Feststellung, im Verteidigungsfalle müßte Europa im Zusammenwirken mit den USA "geschützt" werden. In der Frage des Doppelbeschlusses hält Mechttersheimer indirekt seine von der CSU abweichende Position aufrecht, indem er anfügt, seine Kritik würde bei einer Seestationierung weitgehend hinfällig. Er respektiere den Standpunkt derer, die die Landstationierung für erforderlich hielten, er werde Strategien und Aktionen um Bevölkerungskreise gegen die CSU zu mobilisieren im Übrigen nicht unterstützen." (Augsburger Allgemeine vom 15.5.81)

Vielmehr noch wird Mechttersheimer nicht nur nicht gegen die CSU "schießen", sondern ihr einen Dienst erweisen, indem er mit der Friedensbewegung als Schwungmasse daran gehen will, die SPD "sturmreif" zu machen. Aus seinen "Anmerkungen zur Strategie...": "Die Protestbewegung gegen die Atomwaffen muß sich 1981 mit der Vorbereitung der Stationierung entwickeln. Vorläufiger

Junge Union: Beitrag zu mehr Diskussionen

Frieden mit Friedensforscher

Vergleich zwischen Mechttersheimer und CSU Oberbayern zugestimmt

München (mhb). Oberbayerns CSU will weiter mit dem Friedensforscher Dr. Alfred Mechttersheimer in Frieden leben, obwohl der 41jährige ehemalige Bundeswehr-oberstleutnant nach Meinung des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU Standpunkte vertritt, die in Widerspruch zu den verteidigungspolitischen Grundsatzpositionen der Partei stehen. Die Vorstandschaft des Bezirksverbandes Oberbayern hat dem nach achtstündigem Ringen vom Bezirksschiedsgericht am Montag formulierten Vergleich zugestimmt. Dem Vernehmen nach ist damit auch für den „Betroffenen“ der Burgfriede wiederhergestellt.

Der Vergleich beschränkt sich zwar auf Erklärungen Mechttersheimers, ist aber nach dem Urteil von Mitgliedern der Jungen Union ein Beitrag zu mehr offener Diskussion in der Partei über politisch heiße Eisen. Er gibt dem Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften (Starnberg) auch das Recht zur Teilnahme an Veranstaltungen anderer demokratischer Gruppen. Bereits am 19. Mai wird er im SPD-Bundeswahlkreis München-Süd mit Armin Halle von der Nato in Brüssel ein Streitgespräch über Rüstung und Frieden führen.



Alfred Mechttersheimer
Bild: dpa

Dr. Mechttersheimer erklärt in dem Vergleich, für Bestand, für Ausbau der Nato im Sinne echter Partnerschaft sowie für das Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Machtblöcken einzutreten und den Pazifis-

mus für eine untaugliche Antwort auf die Bedrohung durch den Osten zu sehen. Ein Pluspunkt für den Friedensforscher ist die von der CSU gebilligte Feststellung, im Verteidigungsfall müßte Westeuropa im Zusammenwirken mit den USA „geschützt“ werden.

In der Frage des Doppelbeschlusses hält Mechttersheimer indirekt seine von der CSU abweichende Position aufrecht, indem er anfügt, seine Kritik würde bei einer Seestationierung der neuen Mittelstreckenraketen weitgehend hinfällig. Er respektiere den Standpunkt derer, die die Landstationierung für erforderlich hielten, werde Strategien und Aktionen, um Bevölkerungskreise gegen die CSU zu mobilisieren, im übrigen nicht unterstützen.

Wie aus CSU-Kreisen verlautet, hat der ehemalige JU-Landesvorsitzende MdL Otto Wiesheu als Verhandlungsführer des Bezirksverbandes einen wesentlichen Anteil an dem Friedensschluß mit Mechttersheimer, der gegenüber Journalisten bedauerte, daß Franz Josef Strauß sein gutes Verteidigungskonzept der 60er Jahre inzwischen nicht mehr weiterentwickelt hat.

Kommandos, zusammengesetzt aus Vertretern der beiden europäischen Kernwaffenmächte (England und Frankreich), erfolgen... Die Bundesrepublik nämlich –und wie ich glaube– auch Italien würden sich auf dem Gebiet der atomaren Verteidigung nicht mehr zurückgesetzt fühlen, wenn in Gestalt eines britisch-französischen Atomwaffenarsenals schon einmal der Ansatz für eine europäische Atomstreitmacht geschaffen wäre, an deren Ausbau und Fortentwicklung sie sich in geeigneter Form beteiligen könnten." (Strauß in seinem Buch: "Herausforderung und Antwort", 1968) Daß Mechttersheimer einem solchen Konzept nachhängt ist nur logisch, wenn er im Stern-Interview auf die Frage einer Neutralitätspolitik der Bundesrepublik antwortet: "Die Bundesrepublik kann sich nicht mehr für neutral erklären. Sie ist Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, und die EG ist die größte wirtschaftliche Macht auf Erden. Der Gedanke an Neutralität ist mit diesem ökonomischen Potential nicht vereinbar. Ich bin allerdings überzeugt davon, daß Europa eigenständig sein kann, ohne deswegen neutral sein zu müssen... Europa soll im Konflikt der beiden Supermächte neutral bleiben, aber keineswegs neutral im ökonomischen Sinne, im politischen, im ideologischen. Entscheidend ist, daß wir den Westen nicht gleichsetzen dürfen mit den USA." Mechttersheimer sagt nie "Nie wieder Krieg zwischen den Völkern!", sondern seine Aussagen muß man wohl so interpretieren, kein Krieg unter der Kuratel

Aus: Augsburger Allgemeine Zeitung vom 14.5.81

Zielpunkt ist der nächste Parteitag der SPD im März 1982. Dann hat die Regierung zu entscheiden zwischen Fortsetzung oder Änderung ihrer Atomwaffenpolitik. Ändert sie diese Politik nicht, werden die pazifistischen und neutralistischen Tendenzen in der Bundesrepublik weiter steigen und NATO und Bundeswehr auf immer größere Ablehnung stoßen."

Hier liegt wohl auch der Nutzen des Herrn Mechttersheimer für die CSU. Denn, wenn er bedauert, "daß Franz Josef Strauß sein gutes Verteidigungskonzept der 60er Jahre inzwischen nicht mehr weiterentwickelt hat" (AA),

vertritt er eine Interessenslage des Monopolkapitals, die heute im wesentlichen nicht gefragt ist, aber durchaus einmal zum Tragen kommen könnte.

Das Strauß'sche Verteidigungskonzept der 60er Jahre sieht nämlich die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft vor, die sich als "Zentrum" im Bündnis etablieren soll. Unterstellt soll sie einem Gremium sein, das sich aus "bevollmächtigten Vertretern Frankreichs, Italiens, der Bundesrepublik, Großbritanniens und eines weiteren Teilnehmerstaates im Wechsel" zusammensetzt.... "Die militärische Nuklearplanung müßte ... im Rahmen besonderer

der USA. Wenn Europa schon die mächtigste Wirtschaftsmacht auf Erden ist, so soll sie auch nicht im Falle eines Krieges und Sieges nur ein Stück vom Kuchen abbekommen, sondern schon den ganzen.

Daraus resultiert auch sein Wunsch nach "Emanzipation von den USA" (Stern-Interview) und einer Einigung Westeuropas.

Die Friedensbewegung ist für Mechttersheimers chauvi-

nistisches Streben die anti-amerikanische Massenbasis, die man braucht um mit einer westeuropäischen 3. Supermacht "den Konflikt der Supermächte relativieren zu können."

Diese Funktion wird die Friedensbewegung auch erfüllen, wenn sie nicht erkennt, daß der deutsche Imperialismus an Aggressivität nicht hinter dem amerikani-

schen zurücksteht. Wie Karl Liebknecht schon sagt: "Der Feind steht im eigenen Land."



Augsburger Demokraten bei einer Parodie auf die öffentlichen Gelöbnisse während des Staffettenlaufs der DfG in Augsburg. Aus dem satirischen "Für den Sieg im III. Weltkrieg" kann bald bitterer Ernst werden, denn mit der Neutronenwaffe ist der Krieg noch führbarer geworden.

WER PRESST WEN ZUR NACHRÜSTUNG ?

Nachfolgendes Referat wurde von einem Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft/Nürnberg auf einem Diskussionsabend des Anti-Strauß-Komitee München gehalten. Die Niederschrift des Referats wurde von uns leicht gekürzt.

Die Redaktion

DAS WECHSELVERHÄLT- NIS VON US-IMPERIALIS- MUS, DEUTSCHEM IMPERIA- LISMUS UND NATO-RAKE- TENBESCHLUSS

"Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher, Hans Apel und andere beteiligen sich an der Planung und Vorbereitung eines Angriffskrieges" (Konkret 2/81)

Es sollte uns noch viel mehr aufrütteln, mit welcher Geschwindigkeit der 3. Weltkrieg vorbereitet wird. Wie ernst die Lage ist, ist vielen - noch unzureichend unter die Haut gegangen. Immerhin - besonders im Rahmen der Diskussion des Nato-Raketenbeschlusses vom 12.12.79 - gibt es mehr Menschen, die sich um die Sache des Friedens kümmern, als all die letzten Jahre. (Zur Namensgebung: wir sollten - gerade in Diskussionen - immer von Nato-Raketenbeschuß statt von "Nachrüstung" sprechen, Gänsefüßchen sind schwer auszusprechen.)

Einiges zur Waffenentwick- lung

In den vergangenen Jahren und auch derzeit gibt es

so was ähnliches wie ein "Gleichgewicht des Schreckens". Beide Supermächte, die USA und die UdSSR haben die Möglichkeit, auch nach einem umfassenden Atomangriff der Gegenseite, diese völlig zu vernichten (natürlich hat keiner ein Interesse daran, besonders der Kriegstreiber nicht, denn der möchte sich ja durch den Krieg neu ausbeutbare Einflusssphären sichern).

Selbst wenn von einer Seite auf den Gegner aus allen Rohren geschossen würde, bliebe diesem so viel an Rückschlagskapazität, daß er das Land des Angreifers in eine radioaktiv verseuchte Wüste verwandeln kann. Dafür sorgt bereits ein kleiner Teil der seegestützten (auf U-Booten) Atomraketen, die weitgehend unverwundbar sind. Der militärische Ausdruck für diesen Zustand heißt: jede Seite verfügt über eine gesicherte Zweitschlagskapazität. Es heißt auch: Keine Seite hat eine hinreichende Erstschlagskapazität. Erstschlagskapazität soll dabei heißen: eine Seite kann mit einem schnell vorgetragenen Schlag die gegnerischen Waffensysteme in einem solch großen und zuverläss-

sigem Umfang ausschalten, daß die verbleibenden nur einen im Sinne des Kriegsziels vertretbaren Schaden anrichten können. Der Schacher wird natürlich nicht kleinlich gehandelt bei Kriegstreibern. Zum Beispiel Brzezinski, der Sicherheitsberater vom verflorenen US-Präsidenten Carter in einem Interview:

Frage: Würden Sie dem Präsidenten raten, auf den Knopf zu drücken und so Millionen Menschen umzubringen?
Antwort: Gewiß, glaube ich, daß ich es tun würde und ohne allzuviel Zögern.

Frage: Selbst wenn die Chance eines Wiederaufbaus der menschlichen Gesellschaft erschwert, ja zunichte gemacht würde?

Antwort: Na, das ist wirklich Quatsch. Faktum ist, daß, wenn wir alle unsere Atomwaffen einsetzen und die Russen all ihre, ungefähr 10% der Menschheit getötet würden. Rein deskriptiv und analytisch betrachtet, wäre es nicht die Vernichtung der Menschheit.

Frage: Sie haben dabei keine emotionale Schwierigkeiten?

Antwort: Überhaupt nicht, nicht im mindestens. Sonst dürfte ich nicht an diesem Platz stehen." (Die Zeit

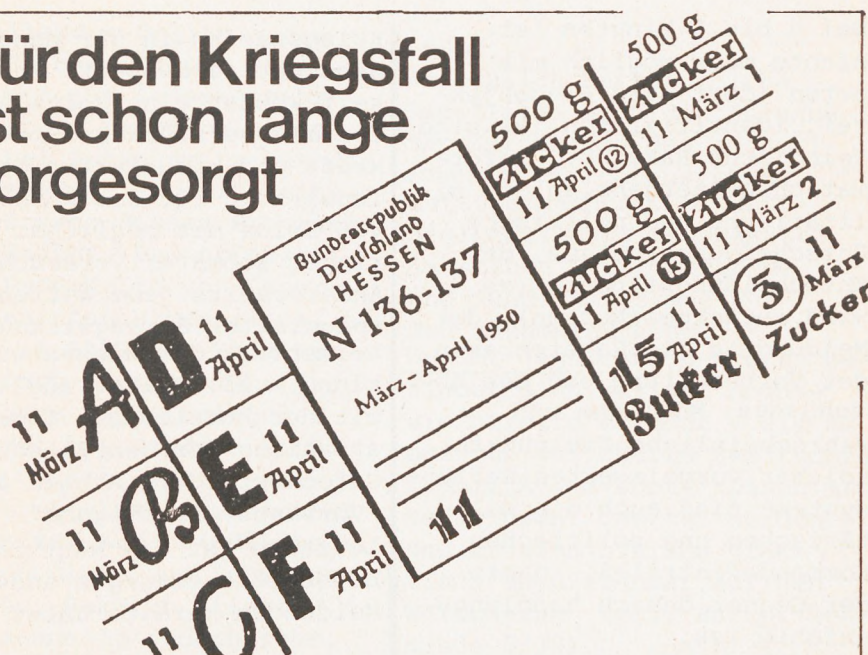
14.10. 77)

In dieser mit der Geisteshaltung von KZ-Mördern vergleichbaren Geisteshaltung sind also 10% der Menschheit keines größeren Aufhebens wert (Quatsch ist natürlich das mit dem Verschießen aller Atomwaffen, die für eine 20 bis 20 fache Vernichtung des ganzen Globus' ausreichen). Eine andere Möglichkeit der Erstschlagskapazität wäre die Konstruktion von wirkungsvollen Raketenabwehrwaffen, so daß die eigenen schadlos eingesetzt werden können. Gerade zur Zeit ist beobacht-

ar, daß der US-Imperialismus mit riesigen Kraftakten und schnellen Schritten sich auf die Fähigkeit zum ersten Schlag vorbereitet. Mehrere waffentechnologischen Entwicklungen der letzten Zeit müssen dabei kurz erwähnt werden:

Zielgenauigkeit: Die Raketen haben in den letzten Jahren eine erheblich verbesserte Treffergenauigkeit erfahren. Dabei muß man wissen, wie Versuche gezeigt haben, daß in etwa eine Verdoppelung der Treffergenauigkeit eine Verachtfachung der Sprengwirkung ausgleicht. Dadurch können mit einer sehr viel größeren Sicherheit auch in Stahlsilos verborgene feindliche Raketenstellungen vernichtet werden, ohne das ganze Umland drumherum für Jahrhunderte atomar zu verseuchen (recht bedeutsam für die Absichten eines Aggressors). Die Fähigkeit, gegen gegnerische Waffendepots und -stellungen Kriege zu führen, nimmt dadurch zu (sogn. counter-force-capability). Die Spitzenposition bei Treffergenauigkeit halten derzeit wohl die von den USA entwickelten Marschflugkörper (cruise missiles). Nach einigen Quellen treffen sie nach Überbrückung

Für den Kriegsfall ist schon lange vorgesorgt



Nach diesem Muster (Lebensmittelkarte aus dem Jahre 1950) wurden 1978 für 4 Millionen Mark vom Bundeswirtschaftsministerium Lebensmittelkarten gedruckt und letztes Jahr auf dem Höhepunkt der Iran-Krise, versendet. Die Ausgabe von Lebensmittelkarten wurde auch bereits praktisch erprobt: bisher in Baden-Württemberg und Niedersachsen; demnächst soll der Gebrauch auch in Rheinland-Pfalz trainiert werden. (Informationen aus: Wo vom 29.2.80)

einer beliebigen Distanz mit 50% Wahrscheinlichkeit in einem Kreis mit einem Radius von 10 Metern ein. Ihre Genauigkeit erreichen sie dadurch, daß sie sich selber über ein Rechnergehirn mit eingespeicherter Landkarte und Zielpunkt steuern. Ähnlich verhält es sich mit anderen Entwicklungen, so den MARV-Sprengköpfen, mit denen sowohl die neue landgestützte US-Rakete MX wie auch die seegestützten Raketen der Trident-Klasse ausgestattet werden sollen. Auch diese Mehrfachsprengköpfe steuern sich selber auf Zickzack-Kursen sogar Abfangraketen ausweichend mit großer Präzision in ihre verschiedenen von einander unabhängigen Ziele. Die UdSSR kann derzeit mit dieser Präzision nicht mit-

halten. Sie gleicht eine größere Streuung mit größeren Sprengköpfen aus. So trägt jede der schweren SS 18 und SS 19 Raketen etwa 10 mal so viel an Sprengkraft, wie während des ganzen zweiten Weltkrieges an Bomben auf Deutschland fielen. (vgl. Spiegel 11.6.79)

Verkürzung der Vorwarnzeit: Hier spielen die Waffen des NATO-Raketenbeschlusses eine ganz besondere Rolle. Während Interkontinentalraketen 25 bis 30 Minuten benötigen, um ihr Ziel zu erreichen, schafft die Pershing II es in 4 bis höchstens 6 Minuten. Die längere Zeit reicht aus, um mit vielen wenn auch nicht allen Raketen den Gegenschlag zu programmieren, so daß die zuerst abgeschossenen Raketen mindestens teilweise leere Silos treffen würden.

Bei 4 bis 6 Minuten ist nichts mehr möglich mit orten (dort sind Flugobjekte), identifizieren (es sind feindliche Raketen), Informationsweitergabe an die militärische und politische Entscheidungsinstanz, der Entscheidungsfindung (es wird zurückgeschossen), der Meldung an die Raketenbasen, der Vorbereitung und des Abschusses. Mögliche und wahrscheinliche Zielpunkte solcher vorgelagerten Waffensysteme sind auch die militärischen und politischen Kommandozentralen, damit der Gegner danach handlungsunfähig ist.

Ein anderer, aber ebenso wirkungsvoller Weg zur Verkürzung der Vorwarnzeit wird durch das Prinzip der Cruise Missiles erreicht. Diese fliegen zwar vergleichsweise langsam (etwa Schallgeschwindigkeit), dafür jedoch in Baumwipfelhöhe unterhalb der gegnerischen Radarkontrolle und kommen so unentdeckt zum Ziel. Um Cruise Missiles begegnen zu können, müßten die UdSSR - so rechnet William Perry, Chef der Waffenforschung im Pentagon, vor - "zwischen 5 000 und 10 000 modernster SAM-10-Boden-Luftabwehr-Raketen mitsamt 1 000 Radarstationen und 100 Frühwarn-Radar-Flugzeugen" rund um die Uhr einsatzfähig halten. Kostenpunkt: mindestens 40 Milliarden Dollar. Perry glaubt aber nicht, daß die UdSSR die technischen Probleme bei Zeiten bewältigen. (Die Neue 25.4.79)

Gegen die vorgelagerten Waffensysteme gibt es für die Sowjetunion also derzeit keine Abwehrmöglichkeiten, es bleibt nur der Präventivschlag.

Atomwaffenentwicklung:

Diese wurden im Sinne von

Kriegszielen in gar mancher Hinsicht verbessert. Entwickelt wurden einerseits A-Waffen mit verstärkter Sprengkraft und reduzierter Strahlenwirkung für das Knacken von Silos mit möglichst geringer atomarer Verseuchung. Andererseits jene Waffen mit reduzierter Sprengwirkung und vermehrter Strahlenentwicklung - allerdings möglichst mit der kurzlebigen Gammastrahlung für den Einsatz im Gefechtsfeld im Rahmen der "Vorwärtsverteidigung". Letztere ist die Neutronenbombe, die entgegen anderen Meldungen bereits unter

der Carteradministration bis zur Serienreife entwickelt wurde (vgl. Informationen für die Truppe 2/79) und der neue Pentagon-Chef Weinberger beschert hat. Sie erfüllt eine andere Funktion: wenn auf strategischer Ebene die Würfel gefallen sind (aber nicht unbedingt nur dann), müssen entsprechende Territorien noch mit Waffengewalt eingenommen werden, um ausgebeutet werden zu können. Mit der Neutronenbombe, die Menschen bestialisch krepieren läßt, aber Maschinen und auch Waffen ungeschoren



Kaum war die Nachricht vom Startschuß Reagans für den Bau der Neutronen waffe in den USA von den Nachrichtenagenturen veröffentlicht, als Strauß sich in einem Interview dazu äußerte. Die Neutronenwaffe, so Strauß, habe nur einen Sinn, "wenn die amerikanischen und verbündeten Streitkräfte - allerdings unter amerikanischer Kontrolle - sie dort besitzen, wo sie in Gefahr sind es mit massierten sowjetischen Panzerverbänden zu tun haben." (AZ v.13.8.81)

läßt, hofft man, dann noch existierenden Widerstand leicht brechen zu können. Nur für aggressive Zwecke im "Feindesland" macht sie einen Sinn. In der dichtbesiedelten BRD eingesetzt (und hier soll sie ja stationiert werden, dafür hat ja die Bundesregierung unterstützt von allen Bonner Parteien seit Jahren gekämpft) erscheint sie recht unsinnig. Wer möchte sich schon in der Weise "verteidigen" lassen, daß nur für seine Habseligkeiten die "Überlebenschancen" verbessert werden.

Auch bei der Größe von A-Waffen hat es eine rasante technische Entwicklung gegeben. Im Vergleich zur Hiroshima-Bombe hat sich das Gewicht eines modernen Sprengkopfes bei gleicher Wirkung auf etwa 1/500 (ein fünfhundertstel) verringert und kann nun gar von Feldhaubitzen abgefeuert werden und leicht überall hin transportiert werden.

Raketenabwehr: Wenigstens

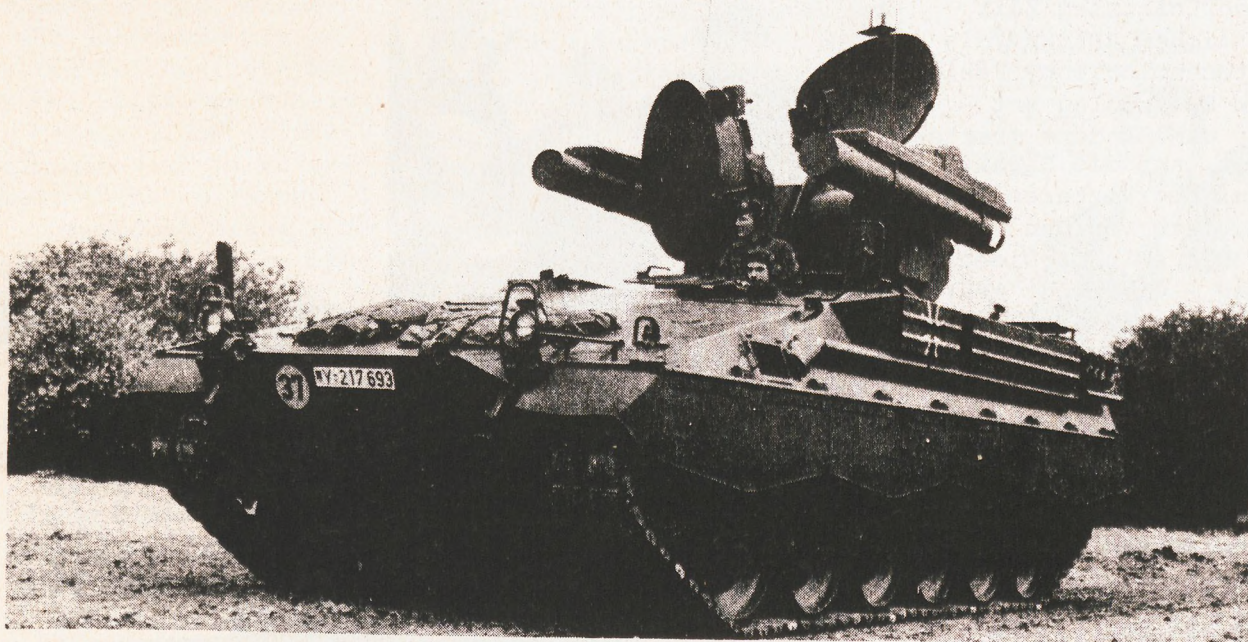
7 Milliarden Dollar hatte die USA bereits vor 79 investiert, um Laser-Abwehrkanonen zu entwickeln. Sofort bei Amtsantritt hat die Reagan-Administration eine Verstärkung dieses Programms angekündigt. Bei erfolgreicher Produktion von Laserkanonen könnte man alles, wovon in SALT die Rede ist (und noch einiges mehr), vergessen (vgl. Spiegel 11.6.79). Es handelt sich dabei um sehr energiehaltige Lichtstrahlen, die bei Auftreffen auf feindliche Raketen diese zum Schmelzen bringen. Raketen fliegen zwar schnell, jedoch sehr, sehr langsam im Vergleich zum Licht. Bei Laserabwehr hätten feindliche Raketen keine Chance mehr. Schadenlos könnte man die eigenen einsetzen. Bereits 78 wurde eine mobile Laser-Kanone bei der Abwehr kleinerer Raketen der Öffentlichkeit demonstriert. Geplant ist ihre Installation im Weltraum in der Form von Killersatelli-

ten.

Zusätzlich hätten solche Satelliten noch die Aufgabe der Zerstörung des gegnerischen Nachrichtensystems. Luftüberwachung, Ortung, Zielbestimmung von Raketen, ja selbst Telefonsysteme und Rundfunksysteme würden zusammenbrechen.

U-Boot Jagd: Auf U-Booten befindet sich bislang noch - wie bereits erwähnt - die am meisten gesicherte Zweitschlagkapazität. U-Boote können mit Radar nicht geortet werden und kreuzen bislang praktisch unauffindbar auf den Weltmeeren (vgl. Europ. Wehrkunde 8/79).

Ein wesentlicher Fortschritt scheint den USA neuerdings mit dem Großrechner ILIAC -4 gelungen zu sein. Dieser analysiert die Ergebnisse von hunderten von Unterwasserhorchposten und auch von Satellitenbeobachtungen, die laufend diesem Rechner gemel-



Nachdem die Luftwaffe das größte technologische Projekt seit Christi Geburt, den Tornado, erhält, bekommt das Heer das modernste bodengestützte Flugzeug-Abschußsystem der Welt, den „Roland“. Gemeinsam ist beiden der gewaltigste Preisauftrieb, der sich denken läßt: Auch beim Roland hat man in der Planung bescheidener angefangen; 1971 sollte das Stück sechs Millionen DM kosten. Inzwischen ist das Waffenwunder gerade dabei, die 20-Millionen-DM-Hürde zu meistern. Pro Stück natürlich.

Foto: dpa

det werden. Bereits heute sind dadurch die sowjetischen U-Boote in einem Umkreis von 50km ausmachbar, was natürlich laufend verbessert wird. Derzeit sollen in diesem Umfeld Flugzeuge die U-Boote genau ausmachen und sie vernichten, bald werden es Raketen sein, die ohne Vorwarnzeit wirksam werden können. Nach dem internationalen Friedensforschungsinstitut SIPRI kommt damit die USA der Erstschlagkapazität sehr nahe (vgl. FR 30.7.79, ami 10/79 und Europäische Wehrkunde 1/81).

Strategien des US-Imperialismus

Für einen Imperialismus, der den 3. Weltkrieg entfachen möchte, ist die Entwicklung der Erstschlagkapazität eine wichtige Sache. Wenn er sie hat, ist so ein Krieg gut gewinnbar. Doch bislang gibt es sie nicht, sie ist auch mit vielen Risiken verbunden, der Gegner ist militärtechnologisch nicht untätig, so daß sich Erfolge rasch sehr stark relativieren können.

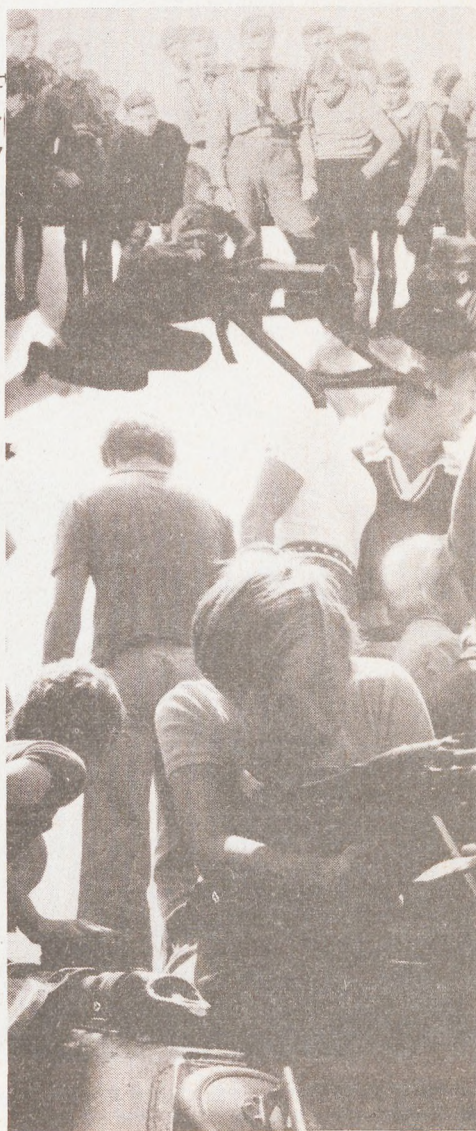
Dies sind sicher Gründe, warum der US-Imperialismus - der in der nächsten Zeit mit deutlichem Abstand als erster technologische Fähigkeit zum Erstschlag hat - noch auf eine andere Strategie setzt, auf die Strategie des lokal begrenzten Atomkrieges, fern von den Gebieten der USA selber. Dieser Atomkrieg - wie nicht mehr zu übersehen ist - soll in Europa stattfinden. Eine günstige strategische Voraussetzung für die USA wäre sicherlich, wenn Westeuropa und die UdSSR sich in einem Kräfte zehrenden Krieg gegenseitig schwächen würden, um dann gegen Ende - wie schon in zwei Weltkriegen - auf der Seite der Sieger abzusahnen, um die inzwischen immer mehr zerrüttete Führung in der

Weltwirtschaft erneut aufzubauen. Der frühere Chef der französischen Nuklearflotte im Mittelmeer, Admiral Sanguinetti, erkennt klar: "Europa ist weltweit die führende Handelsmacht. Wenn die USA nun in einer Krise stecken, wenn die Wirtschaften des Westens Probleme haben - der amerikanischen Wirtschaft kann es nur gut bekommen, wenn Europa zerstört wird." (Die Neue 20.3.80) Und diese Krise gibt es schon und sie vertieft sich rasant.

Strategien des deutschen Imperialismus

Für die USA gibt es also zwei Optionen: die Entwicklung der Erstschlagkapazität und das Führen eines lokal - bevorzugt auf Europa - begrenzten Nuklarkrieges. Die zweite Option hat besonders dann Bedeutung, wenn die Erstschlagkapazität noch unzureichend verwirklicht ist. Es scheint also logisch, daß alle (!) Europäer sich mit Händen und Füßen gegen diese zweite US-Option wehren müssen.

Der Junge am Gewehr



...ist fasziniert von der Technik, vom Schießen selber. Hat er schon nachgedacht, gegen wen, für wen? Dachten die Jungen daran, die die HJ zum letzten Aufgebot ausbildete?

sten. Scheint es doch zwingend, daß der US-Imperialismus zu seinem Nutzen die Verwüstung Europas plant. Doch der deutsche Imperialismus hat dabei eine andere Rechnung aufgemacht. Er sieht über den NATO-Raketenbeschluß die Chance, an Waffensysteme heranzukommen, die er selber einstweilen noch nicht entwickeln kann, die er aber benötigt, um zu einer eigenen Kriegsführungsstrategie zu kommen. Die vorgesehenen 108 Pershing II sollen alle in der BRD, von den 464 Marschflugkörpern sollen 96 in der BRD stationiert werden. In der Diskussion ist bereits, daß die für Holland und Belgien vorgesehenen Raketensysteme wegen der dort kräftigen Friedensbewegung zusätzlich in großzügiger Weise in der BRD stationiert werden sollen. Indirekt hört man auch, daß außerdem noch die Pershing I-Raketen, die sich in Bundeswehrhand befinden, über den NATO-Beschluß hinaus durch Pershing II ersetzt werden sollen. So heißt es im Stern 9/80: "Auch die Bundeswehr soll auf Pershing II hingerüstet werden, allerdings auf Geschosse mit gedrosselter Reichweite." Nun ist es bei Sachkennern seit langem bekannt, daß solche Drosselungen sich in kürzester Zeit aufheben lassen (z.B. Verwendung eines anderen Brennstoffes). Also viele neue Waffensysteme von strategischer Bedeutung für den deutschen Imperialismus, die er so zu erlangen hofft, die entscheidend sein können für seine revanchistischen Ziele, für seine Pläne der "Neuordnung Osteuropas". Die "graue Zone" wurde am Rhein gefunden!

Es war kein geringerer als Helmut Schmidt, der in ei-

ner Rede bereits im Oktober 1977 vor dem Internationalen Institut für Strategische Studien (IISS) in London (jenes Institut, das regelmäßig für die NATO Militärdaten zinkt) diese Lücke im Mittelstreckenbereich "entdeckte", jene "Grauzonenwaffen", die nicht von SALT II erfaßt seien und die eine "Nachrüstung" erfordern (eine Wortschöpfung dieses Außenministers mit den abstehenden Ohren, der sich in diesem Bereich als besonders dreister Tatsachenverdrehen hervorgetan hat). Nur kurz zur Erinnerung: es gab niemals in Europa eine Unterlegenheit der NATO im Mittelstreckenbereich (sondern stets eine Überlegenheit gegenüber der UdSSR im Bereich landgestützter Mittelstreckenraketen. Das hat seinen historischen Grund in der "Kuba-Krise" von 1962, mit der Vereinbarung beider Supermächte, keine Mittelstreckenraketen unmittelbar vor der Haustür des Gegners zu stationieren. Die NATO hat damals solche Raketen aus Europa abgezogen. Nun wird diese Übereinkunft von Seiten der NATO gebrochen. In anderen Bereichen der Mittelstreckenwaffen - zur See und zur Luft - gab es und gibt es eine deutliche NATO-Überlegenheit. So gibt es jene vier US-Unterseeboote (Poseidon), die dem NATO-Oberkommando in Europa (SACEUR) zur "eurostrategischen Abschreckung" unterstellt sind. Jimmy Carter höchstpersönlich: "Nur eines unserer relativ unverwundbaren Poseidon-Unterseeboote - das sind weniger als zwei Prozent unserer Nuklearstreitmacht an U-Booten, Flugzeugen oder Langstreckenraketen - verfügt über genügend Sprengköpfe, um jede große und mittelgroße Stadt in

der Sowjetunion zu zerstören." (Juli 79, vgl. Guha: Der Tod in der Grauzone)

Es gab und gibt also nicht den geringsten "Abschreckungsmangel" in Europa. Als dummdreist und verlogen muß daher gewertet werden, wenn die Bundesregierung bei ihren Kräftevergleichen im eurostrategischen Bereich die Poseidon-U-Boote stets schlicht ausklammert (so im Weißbuch 79). Zurück zur "grauen Zone" in der die UdSSR angeblich, da unbeobachtet durch ein Kontrollabkommen wie SALT, "vorrü-

Aus einem Werbeprospekt für Bunker ...

Warum brauchen wir eigentlich noch Schutzräume?

Wichtig: Kriege auch in Zukunft möglich sind. Waffen in unvorstellbarem Umfang hergestellt werden. Die Zahl der Atomkräfte steigt: sie stellen eine ständige Bedrohung dar.

In einem künftigen Krieg die Warnzeiten kurz sind oder ganz entfallen.

Die Flucht im Verteidigungsfall nur Bedrohung und Leid erhöht.

Jede Katastrophe ihren Mittelpunkt hat - doch in den Randgebieten der Zerstörung die Überlebenschancen der Bevölkerung auch im Atomzeitalter durch Schutzräume erheblich gesteigert werden können.

Vor den Auswirkungen eines modernen Krieges am besten der Schutzraum geschützt - vor allem gegen:

- herabfallende Trümmer
- radioaktiven Niederschlag
- Brandeinwirkung sowie gegen
- biologische

Kampfmittel
und chemische
Kampfstoffe.
Deshalb brauchen
wir Schutz-
räume!



"Keine Freiheit für solche, welche den Krieg verherrlichen, oder als unvermeidlich hinstellen, und für solche, welche den Völkerhaß fördern." Bert Brecht

sten": Die Bundesregierung hat alles getan, um diese grauen Zonen zu schaffen. Theo Sommer, "Zeit"-Macher und früher mal militärischer Berater im Bundeskanzleramt, musste feststellen: "Daß nicht längst über Grauzonenwaffen verhandelt wird, ist die Schuld des Westens - nicht im geringen Maße die der Bundesrepublik." Verteidigungsministerium und Auswärtiges Amt haben "alles aufs peinlichste vermieden, was unsere eigenen Grauzonenwaffen in Verhandlungen mit den Sowjets hätte einführen können. Es war dann in Wladiwostok Ende 1974 ein ausgesprochenes Zugeständnis Breschnews, daß er von seiner Forderung nach Einbeziehung dieser Waffen (in SALT II) abließ." (Die Zeit 9.3.79) Es bleibt nur eine Schlußfolgerung: die "graue Zone" mußte geschaffen werden, damit der deutsche Imperialismus mit Hilfe des US-Imperialismus erst einmal vorrücken kann.

Überall im Wahlkampf, im Jahre 1980, hat Schmidt mit Stolz verkündet, er habe die "Raketenlücke entdeckt", so wie er auch - aus seiner Sicht berechtigt - stolz darauf war, viel für die Entwicklung der Neutronenbombe und ihrer Lagerung in der BRD getan zu haben (Schuld an der Verzögerung hätte nur die wankelmütige Carter-Administration gehabt). Es ist ein Zeichen großer Schwäche der Friedensbewegung in der BRD, wenn es ein Sozialdemokrat in Regierungsverantwortung so wenig nötig hat, die Tatsachen zu verschleiern.

Betrachtet man noch, mit welchen Pressionen die Bundesregierung kleinere NATO-Länder genötigt hat, ihren Widerstand gegen den NATO-

Manöverübung

1981 in Bayern: Abiturprüfung im Fach Sozialkunde. Beachte: Die Prüfungsaufgaben werden direkt von den Militaristen gestellt !

Sk VII

SICHERHEITSPOLITIK

...

3. Beschreiben Sie die Situation der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf das im Text dargestellte moderne Verteidigungs- bzw. Abschreckungsverständnis, und zeigen Sie Konsequenzen auf, die sich daraus für ihre Verteidigungspolitik ergeben!

"Die Theorie der wechselseitigen Abschreckung"

- Der Gedanke der Abschreckung hat in den zwischenstaatlichen Beziehungen schon immer eine Rolle gespielt. Abschreckung im modernen Sinn gibt es jedoch erst seit Beginn des nuklearen Zeitalters. Früher schreckte man einen Gegner durch die Demonstration der Fähigkeit ab, sich selbst erfolgreich zu verteidigen und dem Aggressor schließlich eine Niederlage zu bereiten. Die Aussicht, selbst im wesentlichen unverwundet davonzukommen und zugleich die andere Seite niederzuwerfen, besteht heute bei einem Nuklearkrieg nicht mehr. Der raketengetragene Kernwaffenangriff ist der Abwehr weit überlegen: schwere Verwundungen des Heimatlandes sind daher für alle Beteiligten zu erwarten. Der nukleare Krieg droht für nicht nur eine Seite existenzgefährdend zu werden.
- In dieser Situation liegt die Chance der Kriegsvermeidung durch wechselseitige Abschreckung. War die Abschreckung früherer Zeiten auf eigene militärische Überlegenheit gegründet und schloß daher im Grunde eine Wechselseitigkeit aus, so erscheint es nunmehr denkbar, daß beide Seiten im Kriegsfall gleichermaßen unerträgliche Risiken und Nachteile zu befürchten haben und daher auch den Kriegsausbruch gleichermaßen zu scheuen haben. Die Logik dieser Abschreckung beruht nicht mehr auf der Fähigkeit zur erfolgreichen Verteidigung. Statt dessen handelt es sich um eine 'Abschreckung durch Bestrafung'. Damit ist gemeint, daß beide Seiten, wenn es zu einem (nuklearen) Krieg kommt, mit einer 'Bestrafung' durch unvorstellbare Verwüstungen im eigenen Land (welche die gesamte politische und soziale Organisation bedrohen würden) zu rechnen hätten. Eine derartige Abschreckung erfordert keine einseitige militärische Überlegenheit. Die Aussicht auf unerträgliche Verwüstung kann wechselseitig sein. Die Voraussetzung dafür ist, daß, wer den ersten Kernwaffenschlag gegen die andere Seite führt, dadurch die Fähigkeit des Gegners zu einem annähernd gleich starken Zweitschlag nicht beseitigen kann. Das bedeutet zweierlei. Die Kernwaffenträger beider Seiten müssen unverwundbar sein, damit dem Angreifer die Hoffnung versagt bleibt, durch ein überraschendes Zuschlagen die ihm drohende Vergeltung ganz oder weitgehend auszuschalten. Zugleich aber muß das Territorium beider Seiten dem möglichen nuklearen Zugriff des jeweiligen Gegners ohne ernstlichen Schutz preisgegeben sein, damit die wechselseitig aufgestellte Vergeltungsdrohung abschreckend wirkt. Die Theoretiker bringen die Erfordernisse dieser wechselseitigen Abschreckung auf die Formel, daß die strategischen Waffensysteme als Faktoren der 'Bestrafung' unverwundbar und die zivilen Gesellschaften als 'Geiseln' für die wechselseitig friedlichen Absichten verwundbar sein müssen."

(Gerhard Wettig, Abschreckungstheorie und Gleichgewichtskonzept. Alternativen der Sicherheitswahrung.
In: Information für die Truppe 11/79, S. 57-60)

Raketenbeschluß aufzugeben, so erscheint es sehr grotesk, wenn behauptet wird - wie es die neuen Vaterlands-ideologen tun - Bonn sei genötigt worden, Bonn solle sich endlich von den USA freischwimmen. Helmut Schmidt sagt sehr klar: "Wir haben einen erheblichen Einfluß auf die wirtschaftspolitischen, geldpolitischen, währungspolitischen (und militärpolitischen, Einfügung) Entscheidungen und wir bemühen uns, ihn in der richtigen Richtung auszunutzen." (zitiert nach Blätter für deutsche und internationale Politik 10/79). Das Militaristenblatt "Europäische Wehrkunde" noch deutlicher: "Dürfen wir uns aber auf die Dauer von den Neigungen oder Abneigungen Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs abhängig machen?" (!) (10/78). Das Monopolistenblatt, die FAZ (10.5.77): "Bonn ist in der Weltpolitik ins vorderste Glied gerückt. Außenpolitik bedeutet heute zu einem erheblichen Teil Wirtschaftspolitik ... Die These, die Bundesrepublik sei zwar wirtschaftlich eine Großmacht, politisch jedoch nur ein Gnom, sei veraltet."

Militärlogik:

Wir sagten, daß die USA bei fehlender Erstschlagskapazität auf die Strategie des begrenzten Nuklearkrieges setzt. Für die Sowjetunion macht es keinen Unterschied, wo eine Rakete gestartet wurde, wenn sie in ihrem Land einschlägt. Wenn die USA von Europa aus Raketen in die UdSSR schicken, so ist es sonnenklar, daß die UdSSR bei vorhandener Rückschlagskapazität Raketen in die USA schicken. Die Logik von dem begrenz-

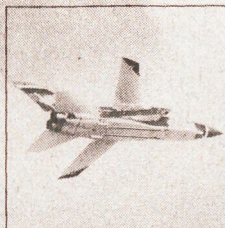
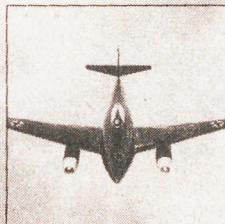
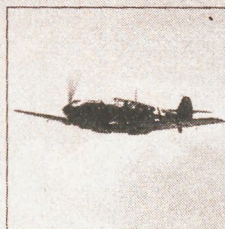
Verpflichtung zum Völkermord

Bereits mit den ersten beiden Flugzeugtypen sollten Maßstäbe nach Art der Nazi-Kapitalisten gesetzt werden - das Ergebnis ist bekannt! Das dritte Flugzeug - der Tornado - wird auch die

"Faust bis zum Ural" genannt. Unverblümter kann die Verpflichtung des Rüstungskonzerns MBB und seines Airbus-Aufsichtsratsvorsitzenden Strauß nicht ausgedrückt werden.

3 Generationen Flugzeugbau verpflichten.

Wir werden weiterhin Maßstäbe setzen.



Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH
Unternehmensbereich Flugzeuge
Postfach 801160
D-8000 München 80

MBB

ILA 1978, Halle B, Stand 3005/3006/3205/3206 Chalet B - 37 - 43

ten Nuklearkrieg geht dann, aber auch nur dann für die USA auf, wenn die Raketen aus Europa und von Europäern gestartet werden. Dann macht es für die Sowjetunion keinen Sinn mehr, Raketen in die USA zu schicken. Klugerweise will die USA den Euro-

päern auch nur Raketen überlassen, die zwar die ganze europäische UdSSR, andere Warschauer-Pakt Staaten und sogar Gebiete darüber hinaus erreichen, jedoch nicht über den Atlantik fliegen können (Imperialisten trauen einander nie, sie sind und blei-

ben Konkurrenten bis aufs Blut).

Hätte die USA lediglich den gewichtigen strategischen Vorteil der erheblich verkürzten Flugzeit im Interesse der Erzielung der Erstschlagskapazität nutzen wollen, sie hätten die gleichen Waffen auf See rund um die UdSSR dislozieren können. Dies hätte zudem den großen Vorteil geringerer Verwundbarkeit gehabt. Auch all die besonders in verschiedenen europäischen Ländern entstehenden politischen Schwierigkeiten mit den Oppositionellen des NATO-Schlusses hätten vermieden werden können.

Warum überhören denn auch beinahe alle politischen Kräfte laut vorgetragene Forderungen im Zusammenhang mit den NATO-Raketen von einschlägiger Stelle? Zum Beispiel der ehemalige SPD-"Verteidigungs"-Minister Leber: "Ein Westeuropa, das nicht in ein militärisches Protektorat abgleiten will, darf nun zurecht Mitsprache verlangen." (FAZ 15.2.79) Oder z.B. Strauß: Europa müsse sich selber verteidigen, deshalb dürften über die eurostrategischen Waffen auch nicht nur die Amerikaner verfügen, "sondern daß zumindest die Trägerwaffen nach dem Zweischlüsselsystem auch in den Händen der Bundesgenossen und damit auch in den Händen der Bundeswehr sind." (Die Welt 12.2.79) Außerdem ist die Bundesrepublik auch "bereit" ("begierig" wäre besser), einen erheblichen Teil der Kosten zu tragen (Stand bei Beschluß: 12 Mrd. DM, vgl. der Spiegel 50/79). Bei den erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen (Strassen, Flugplätze, Bunker

etc.) zahlt die BRD mehr als die USA. Und wer zahlt, der schafft auch an!

Die gleiche Logik in etwa, wie hier vorgetragen, läßt den Militärexperten der FR, A.-A. Guha, sagen: "Schmidts Forderungen nach Schließung der Abschreckungslücke durch eurostrategische Waffen wäre allenfalls dann logisch, wenn dieses Potential ausschließlich als eigene nukleare Streitmacht unter dem Kommando und der Verantwortung Europas - politisch wie im Ernstfall militärisch - bestünde, wenn also die westeuropäischen NATO-Alliierten in eigener Verantwortung und unabhängig von den USA über Ziel und Einsatzplanung entscheiden könnten". (Tod in der Grauzone, S. 106)

Helmut Schmidt weiß, was er tut

Schon beizeiten hat der verflossene Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungministerium, von Bülow festgestellt: "Selbst ein Einsatz aller sowjetischen Nukleargefechtsköpfe würde das westliche Verteidigungspotential nicht völlig ausschalten ... Mit Sicherheit würden die französischen, englischen und der NATO unterstellten amerikanischen U-Boote mit ballistischen Flugkörpern überleben und allein schon zu einem für die Sowjetunion nicht tragbaren Gegenschlag führen". (im Bundestag 8.11.78)

Also: Zur Verteidigung, bzw. Abschreckung sind die neuen Waffensysteme völlig überflüssig. Verteidigungspolitisch gedacht bergen sie nur zusätzliche Gefahren in sich, da es für die UdSSR

zur Abwehr nur die Möglichkeit des Präventivschlages gibt (siehe oben). Bei der bewegten Stationierung der neuen Waffen bliebe dabei nur die Vernichtung der BRD. Auch dies plant sicher der deutsche Imperialismus nicht (wenn er auch bereit ist, in seiner besonderen Aggressivität, beinahe beliebige Risiken einzugehen, die Geschichte lehrt es). Was er plant, kann also nur der Angriff sein, der Ersteinsatz dieser neuen Waffen! Und da braucht er natürlich sehr viel mehr Raketen und anderes für die vielen militärischen Punktziele in der UdSSR.

Helmut Schmidt ist ein Militärfachmann (Reserveoffizier, "Verteidigungsminister", etc.). Vor 15 Jahren hat er gesagt: "Jene, die glauben, dass Europa durch solche Waffen verteidigt werden kann, werden Europa nicht verteidigen, sondern zerstören." In seinem Buch "Verteidigung oder Vergeltung" schrieb er 1968: taktische Nuklearwaffen schrecken nicht ab, und mit ihnen läßt sich auch nichts verteidigen, sondern nur zerstören. 1961 schrieb er bereits: "Jedermann weiß, daß einstweilen alle in Europa installierten Mittelstreckenraketen nur zum Erstschlag, niemals aber zum Zweitschlag geeignet sind." (Der Spiegel 7/1981) Daran hat sich nichts geändert. Helmut Schmidt weiß was er sagt. Er ist klar im Kopf. Er weiß auch was er tut.

"Denn heute gehört uns Deutschland, ..."

Was hier vorbereitet wird durch die "sozial-liberale" Koalition, das ist ein

ordentlicher Teil des Plans des aggressiven deutschen Imperialismus. Zuerst Hegemonie in Westeuropa (als Teil der "eigentlichen Gebietsreform", wie es Strauß nannte) und dann kann man mit entsprechenden Waffen an die "Beseitigung der Demarkationslinien von Jalta" (wieder Strauß) gehen. Schmidt verfügt über ausgezeichnete Qualitäten, diese Waffen zu beschaffen. Von Strauß erwarten noch immer gewisse Kreise Qualitäten, diese Waffen zu gebrauchen.

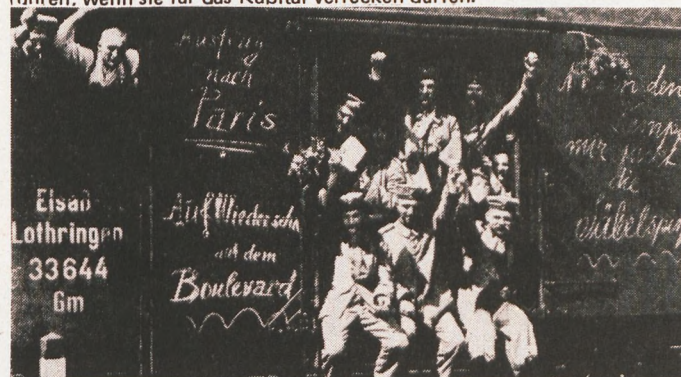
In früheren Zeiten war Strauß auch schon ein guter A-Waffen Beschaffer: "Wir sind trotz der dichten Besiedelung der Bundesrepublik und trotz ihrer exponierten militär-geographischen Lage ... bereit, die damit verbundenen Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volk zu vertreten." (FAZ, 22.12.59) So wurden nach und nach gut 1800 Trägersysteme für Atomwaffen für die Bundeswehr angeschafft. Mindestens 7000 Atomsprengköpfe lagern in der BRD, die mindestens zur Hälfte für die Bundeswehr bestimmt sind. (vgl. Stern 9/81) Dem Schein zufolge (dem Papier gemäß, auf dem Verträge stehen) fährt anstandshalber stets ein US-Sergeant mit. 42 solcher Bataillione mit A-Waffen der Bundeswehr gibt es. "Einige dieser Einheiten haben ihre Atomwaffen ständig, Tag und Nacht, einsatzbereit." (Stern 9/81) Im Sinne der oben beschriebenen Strategie des deutschen Imperialismus konnte man in der FAZ

Deutschland in den Grenzen von 1937

"Das deutsche Reich in den Grenzen von '37 besteht weiter. Also muß es auch vermittelt werden." (Maier) Auf den Karten soll bereits Wirklichkeit sein, was Maier da träumt. Ein "Deutsches Reich" von der Etsch bis an den Belt. Eine Generation von Lehrern, die es "vermitteln" und eine Generation von Schülern, die es anstreben?



In ihrem Atlas ist das "Deutschland", wohin sie fahren, noch "unter polnischer Verwaltung" und die Schule & Wir hat ihnen erklärt, wie es aussieht: "Fanatisch antideutsche Indoktrination": klar, dann müssen wir hin, selber wieder die Verwaltung übernehmen. Auf an die Grenze, ob sie auch Blumen bekommen, wie die Soldaten, die 1914 zur Front führen, wenn sie für das Kapital verrecken dürfen.



Die Konferenz der Kultusminister aller Bundesländer beschloß am 12. Februar 1981:

Künftig endet ihr Deutschland weder an der Staatsgrenze zur DDR, geschweige denn an der Oder-Neiße-Linie, sondern in den Grenzen von 1937.

(in einem Leitartikel am 16.8.79) lesen: Man könne auch "etwas ganz anderes unterstellen: daß die fünf- bis achttausend Nuklearköpfe, die in der Bundesrepublik gelagert sind, nach einem politischen Umsturz über Nacht 'nationalisiert' würden." Warum eigentlich nicht?!

Der Stern (9/81) kommt nach seinen Recherchen zu der Schlußfolgerung:

BRD: die drittstärkste Atommacht auf Erden

Dabei hat der Stern gar

einiges nicht berücksichtigt. Der deutsche Imperialismus möchte sich auf seinem Weg zur eigenständigen Nukleargroßmacht nicht allein auf den US-Ziehvater nach 45 verlassen, zudem er ja auch bei zunehmender Verknappung der Märkte zunehmend in Widerspruch gerät. Mehrere andere Möglichkeiten nutzt er:

Nukleare Zusammenarbeit mit faschistischen und rassistischen Regimen

Nach sehr heftiger innenpolitischer (Schein)-

Auseinandersetzung wurde von der Bundesregierung 69 der Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, der in erster Linie das Atombombenmonopol der Supermächte absichern soll. Das paßte natürlich dem deutschen Imperialismus nicht (Adenauer: "Verteufelte Auflage des Morgenthau - Plans", "ein neues Versailles"). Mehrere Hintertüren hielt er sich sogar legal offen. Für übernationale Gremien, z.B. Eurogroup der NATO, gelte der Vertrag selbstverständlich nicht. Außerdem wurde dieser Vertrag mit einer Einschränkung unterzeichnet (ausgearbeitet vom ehemaligen Chef des IG-Farben Kriegsverbrecherkonzerns): Atomwaffen werden nur auf dem eigenen Territorium nicht hergestellt. Woanders schon! (Die Neue 24.11.79) Die Folge war verstärkte nukleare Kooperation mit Südafrika und später Brasilien. Die südafrikanischen Rassisten haben dank dieser Kooperation unlängst eine Nuklearwaffe gezündet. Aus dem widerrechtlich besetzten Namibia erhält die BRD 30% ihres Urans. (Der Stern 15. 11. 1979)

Auch die von alten Nazis getragene nukleare Kooperation mit dem faschistischen Brasilien (vgl. Die Neue 24.11.79), durchgesetzt gegen den entschiedenen Willen des US-Imperialismus, trägt Früchte: "...in der amerikanischen Hauptstadt zirkulierten bereits Gerüchte, wonach Brasilien 'dank der Hilfe der Bundesrepublik' als nächstes Land einen Atomtest vorbereiten soll." (NN 15.11.79)



Dokumentation über eine Anti-Tornado-Aktion zu Weihnachten 1980 vor der Frauenkirche in München.

Verlag Freies Buch GmbH, Tulbeckstr. 4, 8 München 2
Preis: 2,50 DM

Kooperation im europäischen Rahmen

Kein westeuropäisches Land hat auf sich allein gestellt die ökonomische Potenz, mit den beiden Supermächten waffentechnologisch mitzuhalten. Es ist also nicht verwunderlich, wenn einflußreiche politische Kräfte in Frankreich unlängst wieder einmal feststellten, daß es nur eine europäische "Verteidigung" geben kann, "die aus einer Verbindung der französischen Kernstreitmacht mit der deutschen Industrie erwachsen kann". (Die Neue 31.8.79) Auch diesmal gab es einen solchen Sturm Lauf gegen diese Pläne - leider wieder nur in Frankreich - daß sie unmittelbar nicht durchsetzbar sind. Dennoch - so der Möchtegern-Militärexperte der FDP Möllemann: die "Idee einer nuklearen Kooperation zwischen der BRD und Frankreich im militärischen Bereich werde sich bei zunehmender europäischer Integration ohnehin 'zwangsläufig' stellen". (NN 8.9.79) Das soll heißen: der deutsche Imperialismus wirds den anderen bei zunehmender Hegemonie in der EG schon zwangsläufig beibringen.

Diese "Kooperation" ist in einigen Bereichen schon weit gediehen. Nur kurz zwei wichtige Beispiele: Das MRCA-Tornado-Projekt und die Europarakete Ariane. Die 322 Tornados, die jetzt Stück für Stück an die Bundeswehr ausgeliefert werden, sind eine solche Gemeinschaftsproduktion von strategischen Waffen, bei der der deutsche Imperialismus wieder die Weltspitze eingeholt hat.

Der Tornado hat gleiche strategische Qualitäten wie die Cruise Missiles, unterhalb der Radarkontrolle kann er ohne Vorwarnzeit eine Reihe von Punktzielen "atomar belegen", sogar noch schneller und sogar mit noch größerer Reichweite. Unsinnig ist es also, bei dem derzeitigen Engagement gegen den NATO-Raketenbeschluß die Tornados auszuklammern. Weniger erfolgreich ist bisher die Europarakete Ariane (hier funktioniert bislang immer noch eine Stufe nicht so richtig), die mit großem Geldaufwand in Konkurrenz zum US-Imperialismus gebaut wird (bestimmt nicht für Wettersatelliten).

Strauß im "Entwurf für Europa": "Auf uns allein gestellt und freiwillig an die Schutzmacht Europa gekettet, sind wir hilflos und auf die Dauer mit unseren Nachbarn zur technischen Unterentwicklung verurteilt; wir können eines Tages auf Gedeih und Verderb den Einflüssen und dem Willen einer europäischen Vormacht ausgeliefert sein." Entsprechend hilft für eine eigenständige Großmachtpolitik nur "ein militärisch eigenständiges Europa,...das über strategische A-Waffen verfügen muß"

"Zivile" Atomtechnologie in der BRD

Es dürfte recht durchsichtig sein, daß die Atomtechnologie in der BRD wenig mit Energieversorgung zu tun hat. Wichtiger ist der Export von Kraftwerken, wofür man wieder Vorzeigekraftwerke im eigenen Land benötigt. Über den Export kommt man dann mit solchen

Ländern wie Brasilien und Südafrika ins Geschäft zur Entwicklung von A-Waffen und zur vom US-Imperialismus unabhängigen Versorgung mit Natur-Uran. So entstand in der BRD eine starke Atomindustrie, die bedeutsame Qualitäten hat. Die FAZ im Leitartikel vom 16.8.79: "Ohnehin gehören zur wirklichen Atommacht weniger die Bombengeheimnisse als vielmehr der Aufbau einer großen Atomindustrie, in der die 'friedlichen' Geheimnisse und das nur in Jahrzehnten anzusammelnde 'Gewußt wie' eine viel größere Rolle spielen... Die BRD ist deshalb praktisch von der Bombe gegebenenfalls nur zwei bis drei Monate 'entfernt'." Von besonderer Bedeutung ist dabei das Gorleben-Projekt, das nun in Hessen entstehen soll. Kein geringerer als Frank Barnaby, Direktor vom renomierten SIPRI in Stockholm, erklärte auf dem Hannover-Hearing: "Der Bau einer Aufbereitungsanlage im Besitz der BRD würde unvermeidlich den Verdacht erzeugen, daß zumindest ein Ziel der Anlage darin besteht, der BRD die Möglichkeit an die Hand zu geben, Kernwaffen für eine nationale Atommacht herzustellen." Für dieses Projekt soll eine Technologie gewählt werden, die zwar extrem umweltbelastend ist, aber besonders reines Plutonium erzeugt, wie es zwar für Kraftwerke nicht erforderlich ist, dafür aber für Nuklearwaffen hervorragend geeignet ist. Mehrere tausend Bomben ließen sich bei einer solchen fertigen Wiederaufbereitungsanlage in Jahresfrist herstellen. ■

Vor Krieg gewarnt - angeklagt!

Regensburg, 30. Juli 1981

Erklärung an die Presse,
demokratische Organisatio-
nen und Persönlichkeiten

Betr. Prozeß gegen Antimi-
litaristen

Am 29. Juli 1981 standen in Regensburg Irmgard Gollwitzer, Helga Hanusa-Friedl und Hubert Scheibinger vor Gericht. Sie waren angeklagt die Soldatenzeitung "Rührt Euch" des Regensburger Soldatenkomitees 3/80 verteilt zu haben, die die als Titelblatt beiliegende Fotomontage verwendete. Der Bundesminister der Verteidigung Apel stellte wegen dieser Fotomontage Strafantrag wegen Beleidigung der Bundeswehr.

Aus dem Strafbefehl:

"Das Ihnen bekannte Titelblatt der Druckschrift enthielt eine Fotomontage, die sechs Bundeswehrsoldaten mit erhobener Schwurhand beim Gelöbnis darstellt. Der untere Querstreifen der Bundesflagge besteht aus einer Ansammlung von Kriegstoten, über welchen eine Hyäne schreit, die auf dem Kopf einen Zylinder und um den Hals einen Kriegsorden trägt. Wie Sie erkannt und gebilligt haben, brachte diese Fotomontage eine Mißachtung der Bundeswehr zum Ausdruck, da sie aussagen sollte, daß die Bundeswehr Krieg bedeute und die Soldaten der Bundeswehr sich durch ihr Gelöbnis verpflichten, Krieg

zu führen. Diese Beleidigung der Bundeswehr ist durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung (Artikel 15 I GG) nicht gerechtfertigt. Der Bundesminister der Verteidigung hat form- und fristgerecht Strafantrag gestellt."

Die drei Angeklagten wurden freigesprochen. Bei den Angeklagten Gollwitzer, Hanusa-Friedl konnte nicht nachgewiesen werden, ob sie tatsächlich an der Verteilung der Zeitung beteiligt waren.

Der Freispruch von Hubert Scheibinger wurde vom Gericht wie folgt begründet:

Einmal handelt es sich bei der Fotomontage um eine karikaturähnliche Kunst, die auf John Heartfield zurückgeht, der mit seiner Montage "Krieg und Leichen, die letzte Hoffnung der Reichen" 1932 vor dem drohenden Weltkrieg warnte. Diese Montage bildete die Grundlage der aktualisierten Fotomontage. Angesichts der blutigen Wehrmachtstradition in der deutschen Geschichte, so stellte das Gericht fest, verlangt es von jedem Bürger dieses Landes, ein besonderes Maß an Sensibilität gegenüber bestimmten Formen der Tradition und Traditionspflege gerade auch der Bundeswehr zu entwickeln. Das Gericht sah sich u.a. durch die kontroversen Diskussionen in der Öffentlichkeit über Sinn und Zweck der im letzten Jahr abgehaltenen Rekrutengelöbnisse in der Auffassung bestätigt, daß



**Keine Hand hebt sich zum Schwur
gegen uns und die Völker der Welt!**

Fotomontage der Kämpfenden Jugend zu den geplanten öffentlichen Gelöbnissen am 12. November in ganz Westdeutschland
(unter Verwendung einer Heartfield-Montage)

Die beanstandete Fotomontage

eine einheitliche Beurteilung darüber nicht möglich sei.

In Bezug auf die Fotomontage folgte das Gericht, daß es hier nicht nur eine Deutung geben kann, nämlich "Beleidigung der Bundeswehr", sondern durchaus mehrere Interpretationsmöglichkeiten gegeben sind.

Wir meinen:

Der Versuch des Verteidigungsministeriums das Eintreten für den Frieden zu kriminalisieren ist vorerst gescheitert. Angesichts der immensen Aufrüstung und Militarisierung dieser Gesellschaft auf breiter Ebene, ist für uns das Urteil eine Ermutigung noch mehr im Sinne der Erhaltung des Friedens in der Öffentlichkeit einzutreten.

Da mit sehr großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß die Staatsanwaltschaft gegen diese Urteile Berufung einle-

gen wird, und unsere bisherige Öffentlichkeitsarbeit schon sehr kostspielig war, bitten wir sie, uns finanziell zu unterstützen.

Spendenkonto:

Hubert Scheibinger,
Bank für Gemeinwirtschaft,
Regensburg (BLZ 75010111),
Konto-Nr. 2007000300
"Nie wieder Krieg".

Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Hubert
Scheibinger

Buchempfehlung:

Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke

REVOLTE Anatomie einer neuen Jugendpresse VON RECHTS

Campus

Peter Dudek, Hans-Gerd Jaschke

Revolte von Rechts

Anatomie einer neuen Jugendpresse

1981. 191 S., DM 18,-

Moderne rechtsradikale Ideologien zielen auf Jugendprobleme ab: Umweltfragen, Arbeitslosigkeit, Schulangst. Was steht hinter dieser Protesthaltung? Welche Deutungsangebote und Weltbilder liefert der neue Rechtsextremismus?

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab

- ☐ ein Jahresabonnement DM12,-
☐ ein Förderabonnement
(DM 20,-)

des DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Bitte senden an:

Heinz Jacobi

Martin Greif-Straße 3, 8 Mü. 2

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

Postscheckkonto Jacobi
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Heinz Jacobi, Martin-Greif-Straße 3 8000 München 2
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag



DEM NAZITERROR EINHALT GEBIETEN!

Noch ist das faschistische Attentat vom Oktoberfest 1980 kein Jahr vorbei, da muß aus der ehemaligen "Hauptstadt der Bewegung" berichtet werden:

Fall 1: Der Arzt R. Lämmerhirt wurde zusammen mit dem Lehrer G. Kupfer zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie mit einer Tafel und einem Transparent bei der Trauerfeier für die Opfer des Bombenanschlags auf die Mitverantwortung von Innenminister Tandler hingewiesen hatten.

Fall 2: Die VVN wird im bayrischen Verfassungsschutzbericht v.a. deswegen als "verfassungsfeindlich" von Tandler bezeichnet, weil sie zu einer Demonstration anläßlich des Attentats aufgerufen hat.

Fall 3: Die VVN bekommt von der Stadt München eine Anzeige, weil sie am Platz des Attentats "ohne behördliche Genehmigung" eine Gedenktafel angebracht hat.

Fall 4: 13 Antifaschisten werden am 15.8. vormittags

auf dem Marienplatz festgenommen, erkenntungsdienstlich behandelt, bis 17⁰⁰ im Polizeipräsidium festgehalten, weil sie gegen einen NPD-Stand vor dem Rathaus protestieren. Vor hunderten von Touristen ließ CSU Oberbürgermeister Kiesel mit massivem Polizeiaufgebot die Neonazis schützen.

Fall 5: Ein Lehrling der Fa. Südbremse übermalt am Bahnhof Nazischmierereien mit einem Filzstift. Die Bahnpolizei nimmt ihn fest,

er kann sich nur mit einem Firmenausweis ausweisen. Prompt teilt ihm die Fa. Südbremse mit, daß sie ihn (trotz ausgezeichneter Noten) nach der Lehre nicht übernehmen kann.

Die Herren von der CSU werden bei der Gedenkfeier der Stadt am 18.9. wieder gegen den Terror von rechts und links nach der Strauß-Devise: Nazis gleich Sozis labern und dabei den "Lin-

ken" die Verantwortung in die Schuhe schieben wollen für die verwirrten rechten "Einzeltäter".

Am Jahrestag des Attentats, dem 26.9. werden die Demokraten und Antifaschisten sehr genau beobachten, was in München an diesem Tag von Seiten der fortschrittlichen Kräfte läuft.

Das Ziel ist klar:

Am 26.9. muß in München eine große Demonstration

und Kundgebung stattfinden, getragen von allen antifaschistischen Kräften, besonders von den Gewerkschaften. Wir müssen auf die Straße gehen für die Forderungen:

1. Fortführung der Ermittlungen und Verurteilung der verantwortlichen Hintermänner
2. Sofortiges Verbot aller Naziorganisationen und ihrer Publikationen



Die Hauptstadt der Bewegung gab sich einst die Ehre und machte Leute wie Nazigauleiter Wagner, Göring, den Freikorpsgeneral Ritter von Epp, den Feldmarschall Hindenburg und Hitler zu Ehrenbürgern der Stadt. Der ehemalige Gefreite und Reichswehrspitzel, mußte samt seiner Kumpane wieder von der Ehrenbürgerliste

gestrichen werden, nachdem sein tausendjähriges Reich in 12 Jahren die Welt in Trümmer gelegt hatte.

Feststeht, daß mit dem Beschluß des CSU-Stadtrats, Strauß zum Ehrenbürger zu machen, er in doppelter Weise Nachfolger obiger Herren ist. Auch er wird einmal von den Demokraten mit Sicherheit wieder aus dieser Liste gestrichen werden.

Vollkommen unbekannte Straußgegner hießen eine Danksagung des Ministerpräsidenten an die Ehrenbürgerverleihung der Stadt. Vom Rathausurm prangte punkt 11 Uhr ein riesiges schwarzes Tuch mit dem SS-Motto: "Unsere Ehre heißt Treue".

Der Justizputsch setzt sich fort

Nachdem die auf Wort und Komma gleichlautenden Anklageschriften in Nürnberg vom "Plärrer" veröffentlicht wurden, wurde erneut bestätigt, was eine Mutter eines Verhafteten auf der Demonstration am 10. Juli in Nürnberg sagte: "... Die Maßlosigkeit der Anschuldigung kann damit nur als eine reine Machtdemonstration des Staates und als Gewaltmißbrauch verstanden werden .. Aber liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, die fragwürdige und maßlose Polizei- und Justizpraxis ist nur die eine Seite, weshalb wir Sie um Solidarität bitten. Gemeinsam betrifft uns darüberhinaus das Grundrecht auf Demonstration, das wir gemeinsam verteidigen müssen, und das zur Zeit seitens des Gesetzgebers stark in Gefahr ist, eingeschränkt zu werden. Nicht umsonst rufen wir Eltern ehemaliger Inhaftierter vom 5. März Sie zur anschließenden Demonstration auf. Wir wollen damit zeigen, daß wir dieses Grundrecht für uns und unsere Kinder in Anspruch nehmen."

Der "Plärrer" wurde beschlagnahmt, weil er u.a. dokumentiert hatte, daß gleichlautend in den Anklageschriften stand: "Es wurde gerufen", "Es wurde geworfen", "Es wurde beschädigt". Wer, wann, was angeblich getan hatte, blieb unerwähnt. Genau wie bei den hektografierten Haftbefehlen wurde auch bei den Anklagen die Einzelfallprüfung übergangen.



3000 folgten dem Aufruf der Eltern zur Demonstration in Nürnberg

QUO VADIS BAVARIA?

(„Wo gehst du hin, Bayern?“)

Über die Ereignisse von Nürnberg und die Konsequenzen zu diskutieren am

**Freitag, den 5. Juni, 20.00 Uhr
im Schwabinger Bräu in München**

wurden eingeladen **Gerold Tandler**, bayerischer Staatsminister des Inneren und Dr. **Karl Hillermeier**, bayerischer Staatsminister der Justiz. Die weiteren Diskussionsteilnehmer sind **Martin Hirsch**, Richter des Bundesverfassungsgerichts, **Erich Küchenhoff**, Professor für Staatsrecht, **Knut Becker**, Mitglied der IG Druck und Papier, **Pedro Graf**, Dozent der Fachhochschule für Sozialwesen München, **Helmut Dietrich**, am 6. 3. zusammen mit 141 anderen verhaftet, **Christine Schanderl**, Schülerin, **Rainer Präiß**, Vorsitzender des Kreisjugendausschusses Nürnberg, die Mitglieder des Bayerischen Landtags **Rolf Langenberger**, SPD, und **Ursula Redepenning**, FDP. Musik: Die Biermöslblasn.

Zu der Veranstaltung lädt ein: Ute Schilde.

Zur Teilnahme rufen auf die Landesverbände Bayern des Bundes Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend, der Jungdemokraten, der Jungsozialisten, der Naturfreundejugend Deutschlands und der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken.

Seit dem "Justizputsch" (Prof. Küchenhoff) von Nürnberg haben die demokratischen Kräfte daran gearbeitet, daß die Frage: "Wohin gehst Du Bayern?" für die Sache der Demokratie entschieden werden

kann: Diese Veranstaltung vom 5. Juni 81 fand sehr breites Interesse (über 2.000 Besucher) bei den Demokraten, wogegen es Tandler und Hillermeier vorzogen, abzusagen.

Irgendwann muß man auch in "Dachau normal werden" meinte ein Sprecher des Innenministeriums zu der CS-Kampfgas-Vorführung auf dem ehemaligen KZ-Gelände in

Dachau. Geübt wurde mit CS-Gas auf dem Gelände, wo die SS-Schergen untergebracht waren, wo Eichmann ausgebildet wurde und heute die bayerische Bereitschaftspolizei residiert. CS-Gas ist seit 1925 in der Krieg-

führung völkerrechtlich geächtet, von den USA in Vietnam mit schrecklichen Folgen eingesetzt und nun von Tandler in Bayern im Alleingang für den "inneren Feind" eingeführt. Damit ist einiges ausgesagt, zu welcher Art Normalisierung in dieser Republik es führen soll, wenn Bayern immer wieder eine Ausnahme macht.



Dachau ...und das Gras wächst...

Mit Gas gespielt

Zum Bericht „Dachauer KZ-Opfer schockiert über Tandlers Vorführung“ in der SZ Nr. 131: Die Gedankenlosigkeit ist kaum zu überbieten. Im ehemaligen SS-Ausbildungslager in Dachau wurde CS-Gas als wirksamer „Distanz-Kampfstoff“ am lebenden Objekt erprobt. Minister Tandler sah zu. Das Fernsehen war dabei. Der Protest ehemaliger Häftlinge wurde vom Sprecher des bayerischen Innenministeriums abgeblockt. Irgendwann, meinte er, müsse man auch in Dachau normal werden. Was heißt hier „normal“?

Wo blieb der Protest der Dachauer, die so auf ihren Ruf bedacht sind, daß sie der Einrichtung eines Zigeuner-Kulturzentrums ihre Zustimmung verwehren? Wo blieben die Demonstranten, um dieses fatale Experiment zu unterbinden? Damals im Krieg konnten die Häftlinge verhindern, daß in Dachau Menschen vergast wurden. Heute, im Rechtsstaat, wurde ihr Einspruch rüde übergangen. Jetzt hat man in Dachau ganz offiziell mit dem Gas „gespielt“.

Karin Hess
Waldpromenade 35
8035 Gauting

SZ 29.7.81

Louis Köckert:

...Dachau und das Gras wächst

Ein Buch über die Geschichte der Stadt Dachau, geschrieben von dem Dachauer Antifaschisten Louis Köckert, erschienen im Verlag Das Freie Buch GmbH, Tulbeckstraße 4, München, Preis: 13,80 DM
Siehe Titelbild Seite 23

Wir bitten unsere Abonnenten und andere Kunden dringend, die ausstehenden Rechnungen unaufgefordert zu zahlen.

Es macht keinen Sinn, wenn uns Mahnaktionen nur so viel einbringen, wie sie an Porto kosten.

Die Red.



Karl-Heinz Hoffmann, „der Chef“, präsentiert sich mit dem Zeichen des Totenkopfes am Barrett.

Inzwischen ist dieser Mann endlich in Haft.

Inzwischen erging zusätzlich Haftbefehl wegen Mordes an dem jüdischen Verleger Levin.

Aber immer noch halten Polizei und Justiz es nicht für nötig, gegen den Nazi Hoffmann wegen Massenmordes auf der Wies'n energisch vorzugehen.

Warum.

nicht vergessen:

DiD-Abo. bezahlen!

Förder-Abo. bestellen!

ASK-München:

Öffentliche Sitzung jeden Montag um 20 Uhr
Gaststätte "Stadt Salzburg"
Ecke Stein-, Milch-, Sedanstraße
Nähe S-Bahnhof Rosenheimerplatz

ASK-Regensburg:

Öffentliche Sitzung jeden Mittwoch um 19 Uhr
Gaststätte "Gravenreuther" Nähe Haidplatz

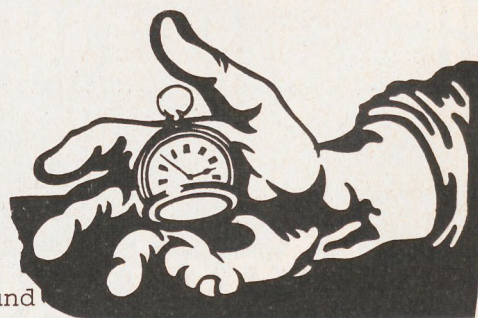
Wichtige Termine

1. September: Anti-Kriegstag

6. September: Kundgebung und Demonstration der IG-Druck und Papier in Kassel zum Prozeß der Heinze-Frauen

26. September: Jahrestag des faschistischen Bombenattentats am Oktoberfest (siehe letzte Seite)

10. Oktober: Friedens-Demonstration in Bonn



Zweiterlei Maß

Der Majdanek-Prozess- Jammerbild der Justizpraxis

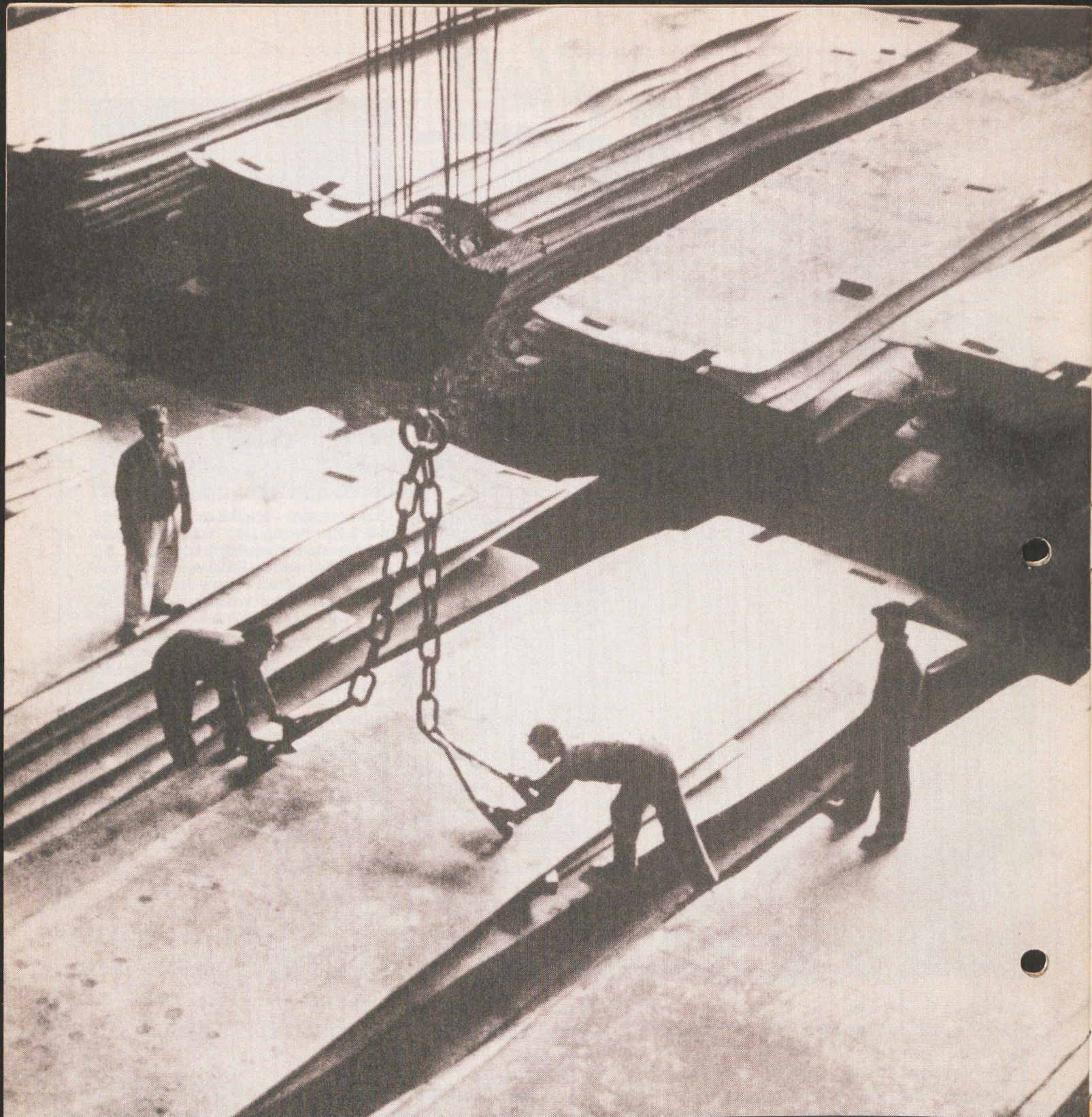


Josefine Jürgens – Mitglied der NSDAP und heute SPD (den Beitrag zahlt ihr der SPD-Ortsverband Düsseldorf-Pempeldort); tätig für die „Stille Hilfe“ (finanziert die Verteidigung und Betreuung von KZ-Mördern); Trägerin des Verdienstordens der BRD – jüngst verliehen von Bundespräsident Carstens anlässlich ihrer hohen Verdienste gegenüber der „blutigen Brygida“ und der „Stute“, zwei SS-Schergen und Mörder. Die für sie „treue und brave Bürger sind“. Die der Hölle Majdaneks entkommenen Opfer bezichtigte sie des Meineids. Was kann eigentlich in diesem Land nicht geschehen?

Als nach 5 Jahren und 7 Monaten Prozessdauer in Düsseldorf die Urteile im Majdanek-Prozess verkündet wurden, zeigte sich nicht nur ein Jammerbild der Justiz, sondern wurde die Urteilsverkündung selber Ausdruck des Zustandes dieser Republik. Mit den Freisprüchen und den geradezu grotesk lächerlichen Gefängnisstrafen wurden nicht nur die Verbrechen des Faschismus verharmlost,

sondern in gleichem Atemzug diejenigen, die die Verharmlosung anprangerten, verfolgt. Es waren viel zu wenige, die am Vorabend der Urteilsverkündung in Düsseldorf gegen diese Justizpraxis demonstrierten. Unter ihnen der Soldat Franz Ohlen in Uniform. Bereits während der Demonstration wurde er von Feldjägern und Zivilbeamten verfolgt. Nun wollte ihn die Bundeswehr für seine Teilnahme an der Demonstration in Haft nehmen. Da er wegen eines Nierenleidens haftunfähig wurde, wurde er aber nicht freigelassen, sondern kurzerhand in die Psychiatrie gesteckt. Logik der Militärs: Wer als Soldat an einer antifaschistischen Demonstration teilnimmt, kann ja nur irrsinnig sein. Inzwischen wird Franz Ohlen seit Tagen ununterbrochen verhört, man versucht ihn psychisch fertig zu machen.

Solisarisiert Euch mit Franz Ohlen, z.Zt. 3. Fallschirmjägerbat. 272 Wittekindkaserne, 2878 Wildeshausen



„Was macht ihr, Brüder?“ — „Einen Eisenwagen.“
„Und was aus diesen Platten dicht daneben?“
„Geschosse, die durch Eisenwände schlagen.“
„Und warum all das, Brüder?“ — „Um zu leben.“



Am Freitag, den 21.8. stellten Münchner Antifaschisten diesen Gedenkstein auf ein Symbol dafür: es gibt auch das andere München, unsere Forderungen lassen sich nicht so leicht wegschieben.

Nach 9 Stunden rückte die Stadt in der Nacht mit einem Kranwagen an, um die 8 Tonnen schwere Mahnung wegzuschaffen.

Wenn die Antifaschisten zu vielen Tausenden am 26.9. an diesem Platz stehen, der Toten gedenken und gegen den Faschismus demonstrieren, werden uns Strauß, Kiesl und Co. nicht einfach abräumen können!



GEWERKSCHAFTER RUFEN AUF:

INITIATIVE

Dem Naziterror Einhalt gebieten

Postanschrift:

Heinz-Werner Wurstius
Eleonore-Sterling-Straße 24
6000 Frankfurt am Main

den 15. Mai 1981

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

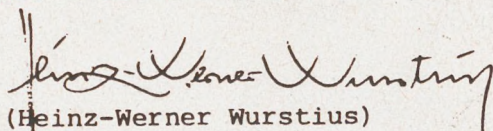
Am 7. Mai 1981 wurde der Appell "Dem Naziterror Einhalt gebieten" vereinbarungsgemäß den Bundestagsfraktionen, dem Bundestagspräsidium und der Bundesregierung übergeben.

Unsere achtköpfige Delegation führte Gespräche mit dem Vertreter der SPD-Fraktion, Dr. Alfred Emmerlich, und dem Vertreter der FDP-Fraktion, Wolfgang Berger (beide Mitglieder des Rechtsausschusses des Bundestages).
... kam ... erigen Unterstützung ... bei

... einem abschließenden Gespräch ... Delegation wurde ein-
stimmig dahingehend erzielt, daß die Arbeit mit dem Appell, sowohl was die bisherige Unterstützung durch Unterschriften wie auch die Übergabe und die Pressekonferenz anbelangt, erfolgreich war. Wie auch auf der Beratung am 25.3.81 in Frankfurt/Main wurde noch einmal betont, daß damit die gestellte Aufgabe nicht gelöst, sondern erst umrissen ist. Es komme jetzt auf folgendes an:

1. Alle Beteiligten sollten Gedanken zur weiteren Aktivität und Zusammenarbeit entwickeln.
2. Es sollte ein arbeitsfähiges Gremium geschaffen werden, das die laufenden Dinge koordiniert und abwickelt. Bisher sind genannt und ihre Zustimmung liegt vor: Heinz-Werner Wurstius, Joachim Schwammborn und Helmut Stein.
3. Es wurde von vielen Seiten vorgeschlagen, den Jahrestag des Mordanschlags in München am 26.9.1980 zum Anlaß zu nehmen, um bald desweilen Aktionen zu initiieren und eine Zusammenkunft des Antifaschistischen Forums durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen


(Heinz-Werner Wurstius)

Erstunterzeichner:

Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin; Bernt Engelmann, Schriftsteller; Prof. Dr. Walter Fabian, Hochschullehrer, Publizist; Kurt Georgi, Gewerkschaftsvorsitzender der IG Holz und Kunststoff; Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; Alfred von Hofacker, Rechtsanwalt; Dr. Werner Holtfort, Bundesvorsitzender des Republikanischen Anwaltsvereins; Hans Jennes, stellvertretender Präsident der VVN-Bund der Antifaschisten; Prof. Dr. Ulrich Klug; Dr. theol. Werner Koch, Pfarrer, Präsident des Sachsenhauskomitees; Prof. Dr. Walter Krack; Prof. Dr. Reinhard Kühnl; Leonhard Mahlein, Gewerkschaftsvorsitzender der IG Druck und Papier; Prof. Dr. Norman Paech, Bundesvorsitzender der Vereinigung Demokratischer Juristen; Dr. Josef C. Rossaint, Präsident des VVN-Bund der Antifaschisten; Karlheinz Stommel, Betriebsratsvorsitzender bei Mannesmann, Dulsburg; Heinz-Werner Wurstius, Bezirkssekretär IG Druck und Papier.